

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur geplanten Föderalismusreform möchte ich folgende Stellungnahme abgeben:

Nach meinem Kenntnisstand werden durch die geplante Föderalismusreform die Belange behinderter Menschen zentral berührt. Für diesen Personenkreis haben die geplanten Verlagerungen von Zuständigkeiten und Aufgaben erhebliche Auswirkungen auf Ihr Leben.

Es steht zu befürchten, dass durch die Hintertür mit dieser Reform wichtige Errungenschaften, die für behinderte Menschen von zentraler Bedeutung sind, verlorengehen.

Menschen mit Behinderung und Ihre Verbände müssen daher die Möglichkeit haben, sich an der Diskussion und den Anhörungen beteiligen zu können um Ihre Belange vortragen und einbringen zu können. Die Bundesregierung und besonders auch Bundeskanzlerin Merkel ist aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Belange behinderter Menschen und deren Interessensverbände ausgiebig in die Diskussion einbezogen werden. Alles andere wäre ein herber Rückschlag für den viel proklamierten Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik.

Es muss das Motto "Nichts über uns ohne uns" gelten!

Beispiele woran zu erkennen ist, welche Auswirkungen die geplante Föderalismusreform hat:

- Änderung im Heimgesetz
- Verlagerung der im Behindertengleichstellungsgesetz festgeschriebenen Zuständigkeit für die barrierefreie Neuzulassung von Gaststätten
- Änderung der Vorschriften für einen barrierefreien Nahverkehr und der damit verbundenen Beteiligung der Behindertenverbände
- Verlagerung der Ausführungszuständigkeiten für die Regelungen des Sozialgesetzbuch IX.

Es kann nicht sein, dass die Föderalismusreform dazu führt, dass behinderte Menschen zukünftig in 16 Ländern für ihre Rechte eintreten müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Baaken